

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	19
A. Gegenstand und Ziel der Arbeit .....	19
B. Begriffsbestimmung .....	20
C. Untersuchungsgang .....	20
D. Anmerkung zur beschlossenen Föderalismusreform .....	22

## *Erster Teil*

### **Der sozialrechtliche Status des Strafgefangenen in geschichtlicher Sicht** 23

A. Der Rechtszustand vor In-Kraft-Treten des Strafvollzugsgesetzes .....	23
I. Die soziale Sicherung der Gefangenen seit Entstehung der Sozialversicherung in Deutschland .....	23
1. Gesetzliche Unfallversicherung .....	23
a) Regelungen des Gesetzes betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene .....	24
b) Das Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz .....	26
2. Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung .....	27
a) Kaiserzeit und Weimarer Republik .....	28
b) Zeit des Nationalsozialismus .....	32
c) Bundesrepublik bis zum Erlass des Strafvollzugsgesetzes .....	34
3. Arbeitslosenversicherung .....	34
II. Reformbestrebungen im Rahmen der Vorarbeiten zum Strafvollzugsgesetz seit Ende der 1960er Jahre .....	35
B. Der Rechtszustand nach dem Strafvollzugsgesetz .....	39
I. Einleitende Bemerkungen .....	39
II. Die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen im Überblick .....	39
1. Die Kranken- und Rentenversicherung .....	40
2. Leistungen aus der Unfallversicherung .....	42
3. Einbeziehung in die Arbeitsförderung .....	42
a) Allgemeines .....	42
b) Die Bedeutung des § 195 StVollzG .....	44
c) Leistungen der Arbeitsförderung .....	46
III. Die Arbeitsentgeltregelung des § 43 i. V. m. § 200 StVollzG (a. F.) .....	47

IV. Zwischenzeitliche Gesetzesinitiativen zur Erhöhung der Arbeitsvergütung und Einbeziehung der Gefangenen in weitere Versicherungszweige .....	50
V. Veränderungen nach der Wiedervereinigung .....	51

### *Zweiter Teil*

## **Soziale Sicherung von Strafgefangenen und ihren Angehörigen nach geltendem Recht** 52

A. Das Sozialrechtsverhältnis in den Sozialversicherungszweigen:	
Versicherungspflicht und Beschäftigungsverhältnis .....	52
I. Arbeit im Strafvollzug .....	53
1. Gefangenenarbeit und Resozialisierungsgebot .....	53
2. Die Arbeitspflicht .....	55
a) Die gesetzliche Regelung .....	55
b) Verfassungsmäßigkeit der Arbeitspflicht .....	57
aa) Geltung der Grundrechte im Strafvollzug .....	57
bb) Vereinbarkeit der Arbeitspflicht mit Art. 12 GG .....	60
(1) Verbot von Arbeitszwang und Zwangsarbeit .....	60
(2) Die Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG .....	66
3. Arten der Gefangenenarbeit .....	67
a) Beschäftigung im „Eigenbetrieb“ der Anstalt .....	67
b) Beschäftigung im sog. „Unternehmerbetrieb“ .....	69
aa) Begriffsbestimmung .....	69
bb) Anforderungen nach internationalem Arbeitsrecht .....	69
(1) Vereinbarkeit mit dem ILO-Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit .....	70
(a) Meinungsstand .....	72
(aa) Rechtsprechung und überwiegende Meinung in der Literatur .....	72
(bb) Gegenmeinung .....	73
(cc) Kritik des ILO-Sachverständigenausschusses .....	75
(dd) Replik der Bundesregierung auf Kritik des ILO-Sachverständigenausschusses .....	76
(b) Eigene Stellungnahme .....	77
(2) Folgerung für das deutsche Recht .....	81
c) Beschäftigungen außerhalb der Anstalt .....	82
aa) Das freie Beschäftigungsverhältnis .....	83
bb) Zugewiesene Pflichtarbeit außerhalb der Anstalt (sog. „unechter Freigang“) .....	84
d) Selbstbeschäftigung gem. § 39 Abs. 2 StVollzG .....	85
II. Beschäftigung i. S. d. Sozialversicherungsrechts .....	86
1. Voraussetzungen des Beschäftigungsbegriffs .....	87

a)	Nicht selbständige Arbeit .....	87
b)	Arbeitsverhältnis .....	88
c)	Freiwilligkeit der Tätigkeit .....	89
2.	Folgerungen für die verschiedenen Arten der Gefangenearbeit.....	89
a)	Im Eigenbetrieb arbeitende Strafgefängene versus Freigänger ...	91
aa)	Meinungsstand.....	91
bb)	Stellungnahme und eigene Würdigung .....	93
b)	Versicherungspflicht bei Arbeiten in „Unternehmerbetrieben“? ..	96
aa)	Meinungsstand.....	97
bb)	Stellungnahme .....	98
c)	Arbeitsleistung während der Untersuchungshaft und ihre Bedeutung für die Sozialversicherungspflicht .....	102
3.	Zwischenergebnis .....	110
B.	Suspendierung der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungspflicht und Konsequenzen.....	111
I.	Nichteinbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung .....	112
1.	Rechtslage und Folgen für den Strafgefangenen im Vergleich zum Freigänger .....	112
a)	Die Strafvollzugssituation: Ausgleich durch Gesundheits- fürsorgeanspruch? .....	114
aa)	Vergleich der Leistungsansprüche.....	115
(1)	Umfang medizinischer Vorsorgeleistungen.....	115
(2)	Verschiedene Leistungen zur Krankenbehandlung .....	115
(3)	Anspruch auf Krankengeld .....	118
(4)	Mutterschaftsgeld .....	122
(5)	Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation .....	124
bb)	Standard der medizinischen Versorgung .....	125
cc)	Prinzip der freien Arztwahl .....	126
dd)	Folgerung .....	128
b)	Benachteiligungen nach Entlassung aus dem Strafvollzug.....	128
aa)	Besteht ein Übergangsanspruch?.....	129
bb)	Fortbestehen der Mitgliedschaft nach § 192 SGB V.....	130
cc)	Die Vorversicherungszeit in der KVdR.....	131
2.	Rechtslage für die Familienangehörigen eines Strafgefangenen .....	132
a)	Einleitende Bemerkungen zur Mitbetroffenheit Dritter .....	132
b)	Sicherungsmöglichkeiten der Angehörigen gegen Krankheit.....	133
aa)	Eigene Pflichtmitgliedschaft.....	133
bb)	Familienversicherung nach § 10 SGB V.....	134
cc)	Versicherungspflichtmitgliedschaft infolge Beschäftigungs- aufnahme.....	136
dd)	Freiwillige Versicherung nach § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB V	136

ee)	Versicherungsschutz bei Anspruch auf staatliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts .....	140
ff)	Freiwillige Versicherung des Inhaftierten zur Begründung der Familienversicherung für die Angehörigen .....	143
c)	Die Situation der Angehörigen im Falle des Freigängerstatus des Insassen .....	144
II.	Nichteinbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung .....	145
1.	Zeit der Strafverbüßung mit rentenrechtlichen Zeiten belegt? .....	145
a)	Belegung mit Beitragszeiten .....	145
aa)	Belegung mit Pflichtbeiträgen oder freiwilligen Beiträgen ...	146
bb)	Belegung mit fiktiven Pflichtbeitragszeiten .....	148
b)	Gleichsetzung der Strafhaft mit beitragsfreien Zeiten? .....	153
aa)	Anrechnungszeit .....	154
bb)	Ersatzzeit .....	154
2.	Bedeutung fehlender rentenrechtlicher Zeiten für spätere Rentenansprüche .....	157
3.	Möglicher Verlust des Versicherungsschutzes wegen Erwerbsminderung .....	159
a)	Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsminderung .....	159
b)	Verfassungsmäßigkeit des möglichen Verlusts des Versicherungsschutzes .....	161
aa)	Rentenanwartschaften als schutzfähige Eigentumsposition ...	161
bb)	Beeinträchtigung des Eigentums .....	162
cc)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der übergangsrechtlichen Regelungen .....	164
(1)	Rechtsprechung .....	165
(a)	Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsrentenbeschluss des BVerfG vom 8. April 1987 .....	166
(b)	Rechtsprechung des BSG .....	167
(c)	Vorlagebeschlüsse zweier Sozialgerichte .....	167
(d)	Kammerbeschlüsse des BVerfG zu den Vorlagen der Sozialgerichte .....	169
(2)	Schrifttum .....	170
(3)	Eigene Stellungnahme .....	170
4.	„Riester-Renten“-Anspruch nach dem Altersvermögensgesetz? .....	173
5.	Rechtsnachteile für die Angehörigen? .....	176
6.	Folgerungen .....	177
III.	Nichteinbeziehung in die soziale Pflegeversicherung .....	178
1.	Einleitende Bemerkungen .....	178
2.	Rechtslage und Folgen für Strafgefangene .....	178
3.	Rechtslage und Folgen für die Angehörigen eines Gefangenen .....	182

C. Untersuchung der gegenwärtigen Rechtslage unter verfassungsrechtlichem Blickwinkel .....	184
I. Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit der ungleichen sozialen Sicherung von Strafgefangenen mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	184
1. Ungleichbehandlung .....	184
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	185
a) Auswahl des Prüfungsmaßstabs .....	186
b) Sachlicher Differenzierungsgrund .....	187
II. Auswirkungen auf Familienangehörige – ein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 GG? .....	189
1. Schutzfunktionen des Art. 6 Abs. 1 GG .....	189
2. Einschlägige Schutzdimension .....	190
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	192
D. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Arbeit und Entlohnung von Gefangenen und seine Konsequenzen .....	196
I. Wesentlicher Inhalt der Entscheidung .....	197
1. Anerkennung der Arbeit im Strafvollzug .....	197
a) Entlohnung der Gefangenenarbeit .....	198
b) Sonstige Arten der Anerkennung .....	199
2. Soziale Sicherung der Strafgefangenen .....	199
II. Bewertung der Entscheidung .....	200
III. Umsetzung der Entscheidung .....	202
1. Reformdiskussion über die Anerkennung der Gefangenenarbeit .....	202
2. Die Neuregelungen im Einzelnen .....	203
a) Die neue Arbeitsentgeltregelung .....	203
b) Nicht-monetäre Anerkennung der Gefangenenarbeit .....	204
c) Keine Einbeziehung in die Sozialversicherungszweige .....	205
IV. Bewertung der Reform .....	205
V. Eigener Vorschlag für eine angemessene Entlohnung .....	210

### *Dritter Teil*

#### **Reformperspektiven für eine Fortentwicklung der sozialen Sicherung der Strafgefangenen und ihrer Angehörigen**

	213
A. Einleitende Bemerkungen .....	213
B. Gesetzliche Legitimation für die sozialversicherungsrechtlichen Folgen? ...	214
I. Art. 103 Abs. 2 GG .....	214
1. Bedeutung und Gewährleistungsgehalt .....	215
2. Gewährleistungsumfang .....	216
II. Vorbehalt des Gesetzes und die „Wesentlichkeitstheorie“ .....	218

C. Einzelne Reformperspektiven zur Verbesserung der sozialen Sicherung von Strafgefangenen.....	221
I. Inkraftsetzung der §§ 190–193 StVollzG durch Erlass eines Bundesgesetzes i. S. v. § 198 Abs. 3 StVollzG.....	221
1. Pflicht zum Erlass des Bundesgesetzes aufgrund legislativer Selbstbindung?.....	224
a) Die Regelung des Art. 82 Abs. 2 GG.....	226
b) Anwendung des Art. 82 Abs. 2 GG auf einzelne Normen .....	227
c) Konsequenz aus Regelung des Art. 82 Abs. 2 GG für das vor- gesehene „besondere Bundesgesetz“.....	230
2. Rechtspolitische Gründe für Erlass des besonderen Bundesgesetzes..	233
a) Verbesserung der Resozialisierungschancen .....	233
b) Wegfall der Benachteiligungen für die Familienangehörigen .....	236
c) Mangelnde Glaubwürdigkeit des Gesetzgebers?.....	236
3. Ungerechtfertigte Bevorzugung? Konflikt: Strafgefangene versus Sozialhilfeempfänger.....	240
a) Rechtslage nach dem BSHG.....	240
b) Rechtslage nach neuem Existenzsicherungsrecht .....	242
c) Stellungnahme.....	242
II. Anerkennung der Haftstrafe als Anrechnungszeit?.....	244
1. Bedeutung und Zweck der Anrechnungszeiten.....	245
2. Einstufung der Haftverbüßung als sozial anerkennenswert? .....	245
3. Problem: Belastung der Versichertengemeinschaft.....	247
III. Einführung einer Nachzahlungsregelung im SGB VI.....	248
IV. Anwendung der Minijob-Regelung auf die Gefangenenarbeit .....	249
V. Einführung alternativer Strafsanktionen.....	252
1. Hintergründe und Ziele.....	252
2. Mögliche Sanktionsalternativen .....	254
a) Elektronisch überwachter Hausarrest.....	254
b) Gemeinnützige Arbeit.....	262
<b>Thesen.....</b>	<b>265</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>268</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>276</b>
<b>Sachwortverzeichnis.....</b>	<b>295</b>